

Stand: 30. Juni 2015

Positionspapier

Sozialdemokratische Politik für ländliche Räume

I. Gutes Leben auf dem Land

1. Soziale Dorferneuerung einleiten
2. Gesundheitsversorgung absichern
3. Pflegeinfrastruktur ausbauen
4. Jugend gestaltet Zukunft
5. Soziales Miteinander durch bürgerschaftliches Engagement fördern
6. Chancengerechtigkeit verbessern – Beteiligung von Frauen sicherstellen
7. Gute Daseinsvorsorge und bezahlbares Wohnen auf dem Land ermöglichen
8. Ländlicher Wohnungsmarkt
9. Bildungsangebote auf dem Land ermöglichen
10. Kulturelle Identität und Vielfalt erhalten
11. Interkommunale Kooperation fördern

II. Gute Arbeit – Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken

1. Wertschöpfung stärken
2. Energiewende vor Ort zum Erfolg führen
3. Natur- und Kulturlandschaften lebenswert erhalten
4. Flächenverbrauch verringern

III. Gute Innovationen – gute Infrastruktur vor Ort

1. Innovative Mobilitätskonzepte umsetzen
2. Breitbandausbau im ländlichen Raum vorantreiben
3. Chancen der Digitalisierung für die Herausforderungen der ländlichen Räume nutzen

IV. Einen umfassenden Politikansatz verfolgen – integrierte Strukturpolitik für ländliche Räume umsetzen

1. Entwicklung ländlicher Räume in den Fokus nehmen
2. Das „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ verstetigen
3. LEADER-Ansatz stärken und ausbauen
4. Regionalbudgets ausbauen
5. Erfolgskontrolle einführen

Sozialdemokratische Politik für ländliche Räume

Die ländlichen Räume in Deutschland haben vieles zu bieten: Sie sind gekennzeichnet durch eine **besondere Dynamik** und **Vielfalt**.

So vielfältig wie die Menschen und die Landschaften in den ländlichen Regionen, so unterschiedlich sind auch Wirtschaftskraft, Alters- und Infrastruktur sowie Kulturangebote.

Nach einer EU-Statistik sind etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands ländlich geprägt. Rund 58 Prozent der Deutschen wohnen im ländlichen Raum. Über 80 Prozent der Fläche Deutschlands werden für unsere Lebensmittel- und Rohstoffversorgung land- und forstwirtschaftlich genutzt.

Ländliche Räume sind traditionsreiche Standorte hunderttausender Unternehmen aus allen Gewerken und Branchen.

Ländliche Räume sind teilweise sehr **starke wirtschaftliche Regionen**, die die Lebens- und Arbeitsgrundlage vieler Menschen sichern. Die deutsche Wirtschaft ist nicht nur mittelständisch, sondern auch dezentral aufgestellt. In zahlreichen Bundesländern haben die ländlichen Regionen mittlerweile einen höheren Anteil an Industriebeschäftigten als die städtischen Ballungszentren. Sie sind ein bedeutender Ort der industriellen Wertschöpfung. Ländliche Regionen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichzeitig stehen viele ländliche Räume sozialen, ökonomischen und demografischen Herausforderungen gegenüber. Sie kämpfen mit hoher Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überalterung. Die Regionen stellen sich den Herausforderungen und werden dabei von der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt.

Ländliche Räume erfüllen wichtige soziale Funktionen für alle Regionen des Landes. Ihre Freizeit- und Umweltqualität sowie die landschaftliche Attraktivität ermöglichen Erholung und Ausgleich. Sie tragen zur Regeneration der Arbeitskraft bei.

Ländliche Räume sind auch Orte bürgerschaftlichen Engagements, von Nachbarschaftshilfe, einem starken Vereinsleben, Brauchtum - kurz: eines **besonderen Gemeinschaftsgefühls und regionaler Identität**. Besonders positiv bewerten viele Menschen auf dem Land ihr Wohneigentum und die damit verbundenen Möglichkeiten zur Selbstversorgung und Unabhängigkeit zum Beispiel durch einen eigenen Garten und die Versorgung mit eigenem Gemüse.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit der ländlichen Räume stärken.

Wir wollen die Heimat der Menschen lebenswert und attraktiv gestalten!

Ländliche Räume sind Zukunftsräume

Wir wollen die ländlichen Räume als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume stärken, die wirtschaftlichen Entwicklungschancen in den ländlichen Räumen unterstützen und ihre spezifischen Potenziale durch Programme der integrierten Entwicklung ausbauen. Die Grundversorgung wollen wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sichern. Den Zusammenhalt der Gesellschaft wollen wir stärken. Durch eine breitere Beteiligung und Aktivierung sollen die Menschen in den ländlichen Räumen ihre Chancen nutzen können, ihr Lebens- und Arbeitsumfeld aktiv mitzugestalten.

Dies erfordert **passgenaue Entwicklungsstrategien für die Menschen vor Ort.**

Der Auftrag des Grundgesetzes zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes ist für uns Programm. Neben einer integrierten Strukturpolitik für ländliche Räume benötigen wir eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung und der Kooperation. Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit weiterentwickeln.

Wir wollen ein gutes Leben mit guter Arbeit und guter Infrastruktur stärken!

I. Gutes Leben auf dem Land

Soziale Dorferneuerung einleiten

Regionale Entwicklungskonzepte sind eine wichtige Voraussetzung, um Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken zu erkennen. Gerade in größeren räumlichen Zusammenhängen helfen regionale Entwicklungskonzepte, neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Die Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte muss auch zukünftig verlässlich gefördert werden.

In einigen Regionen Deutschlands bedarf es einer konstruktiven, offenen wie auch offensiven Auseinandersetzung mit regionalen Schrumpfungsprozessen. Für einen langfristigen und koordinierten Umgang mit regionalen Schrumpfungsprozessen wollen wir die soziale Dorferneuerung durch Förderprogramme auf Bundes-, Landes- sowie der europäischen Ebene voranbringen. Förderprogramme dürfen nicht allein auf Maßnahmen des Hoch- und Tiefbaus beschränkt sein. Für uns gilt: **Umbau von Rahmenbedingungen** vor Abbau von Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Unser Ziel ist es, die Strukturen vor Ort zukunftsfest zu gestalten, also die technische, soziale und kulturelle Infrastruktur zu sichern und anzupassen.

Darüber hinaus wollen wir gezielt fördern, flexible Trägerformen ermöglichen und neue Kooperationsspielräume schaffen, die dazu beitragen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich ein ausgewogenes und qualitativ hochwertiges Leistungsangebot aufrechtzuerhalten.

Gesundheitsversorgung absichern

Ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die Patientinnen und Patienten müssen in zumutbarer Weise und barrierefrei die für sie notwendigen medizinischen und pflegerischen Versorgungsleistungen in Anspruch nehmen können. Wir brauchen eine flexible und kleinräumige Versorgungsplanung, die sektorübergreifend von gemeinsamen Landesausschüssen, Kommunen und Krankenhäusern gestaltet wird. So sind beispielsweise die Zusammenarbeit und Fusion von Kliniken nicht nur im regionalen Maßstab denkbar, sondern auch in Form regionsübergreifender Krankenhausverbünde und -beteiligungen.

Die Pflegeinfrastruktur ausbauen

Uns geht es darum, die wohnortnahe, quartiersbezogene, trägerunabhängige Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen auszubauen. Pflegeberatung muss aufsuchend und barrierefrei sein und auch Menschen mit Migrationshintergrund erreichen. Wichtig ist uns eine gute Sozialplanung vor Ort. Integrierte Sozialplanung spart Kosten und ermöglicht eine höhere Teilhabe von älteren Menschen generell, aber auch von betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen. Ambulante Dienste müssen noch stärker als bisher intelligent vernetzt werden. Denn gerade in ländlichen Räumen ist die Sozialplanung von besonderer Bedeutung. Dadurch kann eine gute Versorgungsqualität auch unter schwierigen regionalen Bedingungen sichergestellt werden.

Durch eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort wird die Vereinsamung von älteren und pflegebedürftigen Menschen vermieden, die auf Hilfe im Alltag angewiesen sind und am gesellschaftlichen Leben teilhaben möchten. Daher wollen wir lokale Hilfenetzwerke fördern, die Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten und Hilfen im Notfall anbieten. Ebenso muss die Pflegequalität weiterentwickelt werden. Dazu werden wir die Pflege weiter professionalisieren und ambulante und stationäre Pflegequalität wissenschaftlich überprüfen lassen. Der Bedarf der Pflegebedürftigen steht für uns dabei im Vordergrund. Entsprechend müssen Pflege- und Teilhabeforschung stärker miteinander vernetzt werden. Für die Finanzierung anerkannter technischer Assistenzsysteme werden wir uns einsetzen.

Angehörige leisten im ländlichen Raum einen enormen Beitrag in der pflegerischen Versorgung und Betreuung. Familien, aber auch Nachbarschaften und ehrenamtliche Engagierte vor Ort erbringen einen wichtigen Dienst am Menschen. Auf dieses große Potenzial setzen wir. Um eine gute Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu gewährleisten, müssen wir die Menschen bei der Pflege von Angehörigen unterstützen und ihr Engagement mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpfen. Mit einer umfassenden sozialräumlichen Koordinierung und Gestaltung vor Ort wollen wir erreichen, dass sowohl das Wohnumfeld als auch ambulante Be-

treuungsformen und Hilfeangebote den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen besser angepasst werden.

Unser Ziel ist es, Kommunen beim Ausbau der Pflegeberatung zu unterstützen. In Absprache mit den Ländern und Kommunen werden wir Modellprojekte anschieben.

Jugend gestaltet Zukunft

Politische Entscheidungen zum demografischen Wandel wirken sich auf das Leben und die Zukunftsperspektiven junger Menschen umfassend und besonders nachhaltig aus. Deshalb müssen bei allen Demografie-Strategien die Belange junger Menschen und nachfolgender Generationen berücksichtigt werden. Dabei ist wichtig, dass Jugendliche ihre Ideen selbst artikulieren und ihre Potentiale einbringen können. Neben dem Zugang zu schulischer, außerschulischer und beruflicher Bildung müssen soziale Kommunikation, Freizeit, Infrastruktur und Mobilität in Konzepte für die Gestaltung von kinder- und jugendfreundlichen Kommunen aufgenommen werden.

Soziales Miteinander durch bürgerschaftliches Engagement fördern

Das Ehrenamt spielt in den ländlichen Räumen eine deutlich größere Rolle als in urbanen Gebieten. Viele Menschen engagieren sich z. B. in der freiwilligen Feuerwehr, in Vereinen oder Parteien und tragen dadurch zu einem gesellschaftlichen und sozialen Miteinander bei. Bürgerschaftliches Engagement gewinnt im Rahmen der regionalen Entwicklung und für die Lebensqualität im ländlichen Raum immer mehr an Bedeutung. Das Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger muss nicht nur finanziell gefördert, sondern auch rechtlich besser abgesichert werden – beispielsweise durch entsprechende Voraussetzungen im Steuerrecht.

Die Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen aber nicht durch bürgerschaftliches Engagement ersetzt werden. Diese Leistungen fallen in den Aufgabenbereich der Städte, Landkreise und Gemeinden und müssen auch zukünftig von diesen erbracht werden.

Chancengerechtigkeit verbessern – Beteiligung von Frauen sicherstellen

Alle Maßnahmen, die Frauen stärken und ihnen eine Teilhabe im beruflichen und sozialen Bereich auf dem Lande ermöglichen, stärken die Zukunft der ländlichen Räume. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen.

Häufig sind es Frauen, die die innovativen Ideen in Betriebe einbringen. Die Potentiale von Frauen sollten daher durch spezifische Weiterbildungs- und Coaching-Angebote in den Bereichen Unternehmensführung und Entwicklung von Einkommensperspektiven gefördert werden. Frauen bilden das Rückgrat des ehrenamtli-

chen Engagements in den ländlichen Räumen. Sie setzen sich ein für die Lebendigkeit der Dörfer und für konkrete Lebensperspektiven der Familien im ländlichen Raum. Darüber hinaus wollen wir eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Ausgestaltung und Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte ermöglichen. Grundvoraussetzung dafür sind bessere Abrechnungsmöglichkeiten der Kosten, die durch ehrenamtliche Gremienarbeit entstehen. Denn insbesondere Frauen werden mit zusätzlichen Kosten für Kinderbetreuung und Mobilität belastet, wenn sie ehrenamtlich tätig sind.

Gute Daseinsvorsorge und bezahlbares Wohnen auf dem Land ermöglichen

Die abnehmende Siedlungsdichte und die Schließung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum stellen viele Einwohnerinnen und Einwohner aller Altersgruppen vor Herausforderungen: Die Wege zu Kita, Schule, Ausbildungs- und Arbeitsplatz lassen sich zunehmend schwerer bewältigen. Freizeitaktivitäten, wie das Training in Sportvereinen oder der Musikunterricht, sind nur in der kilometerweit entfernten Nachbarstadt möglich. Angesichts dieser Entwicklungen ist ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr, der eine gute Erreichbarkeit von Kultur-, Bildungs- und Ausbildungsangeboten sicherstellt, unverzichtbar. Außerdem soll die Niederlassungspflicht von Ärzten gelockert werden, um auch mobile Arztpraxen in ländlichen Regionen zu etablieren.

Um **gleichwertige Lebensverhältnisse** und Mindeststandards zu sichern, ist die Raumordnung gefordert. Sie muss räumliche Konzentration, dezentrale Angebote und Daseinsvorsorge neu definieren. Es sind Ankerpunkte und Zentren zu entwickeln, die im ländlichen Raum Erreichbarkeit und ein gutes Leben ermöglichen.

Um die Versorgung dünn besiedelter Räume mit Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten, bedarf es eines abgestimmten Handelns aller staatlichen Ebenen.

Ländlicher Wohnungsmarkt

Die Veränderungen der sozialen Strukturen im ländlichen Raum stellen den ländlichen Wohnungsmarkt vor neue Herausforderungen. Es gilt, eine bezahlbare, zugängliche, menschenwürdige und altersgerechte Wohnlandschaft zu schaffen. Dabei müssen die Besonderheiten der jeweiligen Regionen berücksichtigt werden.

Viele ältere Menschen leben in Wohngebieten der 1960er und 1970er Jahre. Nach Auszug der Kinder verbleiben die Eltern häufig in ihren Familienwohnungen. In wirtschaftlich schwachen Regionen bleibt der Zuzug junger Familien oftmals aus. Das hat zur Folge, dass die Bewohnerdichte abnimmt, die Kaufkraft schwindet und nach und nach die Versorgung, insbesondere mit sozialen Dienstleistungen, zurückgeht. In diesen Einzugsgebieten leben bereits heute ältere Menschen oft isoliert. Diese Situation fördert den Wegzug finanzstarker Rentnerinnen und Rentner sowie Pensi-

onärinnen und Pensionäre in Richtung großstädtischer Milieus mit guten Versorgungsstrukturen. Die Konsequenz ist ein endgültiges Wegbrechen kommunaler Daseinsvorsorge insbesondere in ländlichen Räumen.

Bildungsangebote auf dem Land ermöglichen

In ländlichen Räumen wollen wir ein breites Angebot an qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten erhalten. Hierzu zählt neben guten Kinderbetreuungsplätzen und einem differenzierten Angebot an Schulformen auch die Sicherung von Grundschulangeboten – Stichwort: „Kurze Beine, kurze Wege“.

Für ländliche Räume entstehen große Chancen, wenn Städte und Gemeinden in Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Bildungsträgern regionale Bildungszentren etablieren. Einen Schwerpunkt dieser Vernetzungsprojekte wollen wir auf die Bereitstellung von Bildungsangeboten für Menschen legen, die aus unterschiedlichen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Als breit aufgestellte Träger der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung können hierzu insbesondere die Volkshochschulen mit ortsnahen Angeboten beitragen.

Da es sich bei Ausbildungsmärkten um regionale Märkte handelt, wollen wir Maßnahmen unterstützen, die darauf abzielen, gerade in ländlichen Räumen attraktive Ausbildungsangebote für junge Menschen bereitzustellen.

Hierzu bedarf es eines gut abgestimmten Netzes von Berufsbildungszentren sowie von schulischen und überbetrieblichen Bildungsstätten. Wir wollen die Bedingungen für Jugendliche verbessern, die eine duale Ausbildung in einem Betrieb auf dem Land absolvieren und weite Wege zur Berufsschule zurücklegen müssen. Unser Ziel ist es, insbesondere auf dem Land Berufsausbildung in kleinen und mittleren Betrieben sicherzustellen.

Grundsätzlich ist es gerade für ländliche Räume sinnvoll, klassische Bildungsangebote mit neuen Bildungstechnologien, wie sie etwa im Bereich der digitalen Bildung entwickelt werden, zu kombinieren.

Kulturelle Identität und Vielfalt erhalten

Ländliche Räume zeichnen sich durch kulturelle Vielfalt und eine Mischung aus professionellen Kulturangeboten und Laienangeboten aus. Kulturelle Aktivitäten finden zum größten Teil in Vereinen und Initiativen statt, getragen von ehrenamtlichem Engagement. Wir wollen bei der Vergabe öffentlicher Mittel die kulturelle Vielfalt und die Kulturarbeit fördern, Netzwerke wie soziokulturelle Zentren stärken und die Mobilität verbessern, um kulturelle Teilhabe zu gewährleisten und kulturelle Identität zu erhalten.

Wir unterstützen, dass alle Altersgruppen ihren Freizeitaktivitäten nachgehen können. Gleichzeitig zwingt uns der demografische Wandel, darüber nachzudenken, wie eine langfristige sowie optimale Nutzung der Kindertagesstätten und Sportstätten

aussehen kann. Kreative Lösungen sind gefragt. Nicht jedes Dorf benötigt zwingend eine Mehrzweckhalle – denkbar ist beispielsweise die Nutzung der Sportstätten durch mehrere Sportvereine, ein barrierefreier Zugang für Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung und eine nachhaltige, generationsübergreifende Nutzung.

Interkommunale Kooperation fördern

Interkommunale Zusammenarbeit wird besonders in ländlichen Regionen mit schrumpfender Bevölkerung zu einer Voraussetzung für gute Lebensbedingungen. Indem Kommunen beispielsweise Verwaltungsaufgaben in einer Hand bündeln, entstehen Effizienzgewinne, die die Städte und Gemeinden nutzen können, um andere notwendige Aufgaben zu erfüllen. Deshalb darf interkommunale Zusammenarbeit nicht steuerlich benachteiligt werden. Die Länder sollten außerdem die interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Gesetze über kommunale Gemeinschaftsarbeit erleichtern. Zudem sollten sie finanzielle Anreize zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit setzen, um – wo nötig – über die Hürde von Anfangsinvestitionen für Umstrukturierungen hinwegzuhelfen. Geprüft werden sollte auch, ob solche Kooperationen durch die Gemeinschaftsaufgaben des Bundes unterstützt werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union ihr Konzept der „Europäischen Verbünde für territoriale Zusammenarbeit“ ausweitet, damit ähnlich wie in Frankreich und Belgien auch in Deutschland grenzüberschreitende kommunale Zusammenschlüsse bald zur Realität gehören.

II. Gute Arbeit – Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken

Wertschöpfung stärken

Für die Attraktivität einer Region ist auch die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung.

Das Rückgrat des ländlichen Raums und die ökonomische Grundlage bilden der Mittelstand mit seinen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Kleinbetriebe. Eine neu gestaltete „Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung“ (GLE) sollte daher auch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen umfassen, unter der Voraussetzung, dass es zu keinen Überschneidungen mit der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und der allgemeinen und flächendeckenden Mittelstandsförderung kommt. Das Gleiche gilt auch für die Kooperation zwischen den Wirtschaftsbeteiligten entlang der Wertschöpfungsketten, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen.

Wichtige Alleinstellungsmerkmale zur Erschließung neuer Märkte sind qualitativ hochwertige und innovative Produkte. „**Unternehmergeist**“ und „**kreative Köpfe**“ müssen im Fokus stehen und dabei die nötige administrative und finanzielle Unterstützung finden, um neue Ideen zu verwirklichen. Zukunftsperspektiven entstehen durch die Stärkung des industriellen Sektors sowie durch Investitionen in eine konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energie-, Land- und Ernährungswirtschaft.

Die wirtschaftliche Strukturpolitik im ländlichen Raum muss effektiver gestaltet werden. Der Mehrwert der Förderungen ist nicht ihre finanzielle Transferleistung. Um Wertschöpfungspotenziale in den Regionen zu sichern und wirtschaftliche Prozesse nachhaltig anzuschieben, brauchen wir eine **nachhaltige Strategie, in der ökonomische Effizienz, soziale Balance sowie die umweltverträgliche Nutzung und Schonung natürlicher Ressourcen** ihren Niederschlag finden.

Unternehmen benötigen Fachkräfte und ein Umfeld, das ihnen eine Ansiedlung erleichtert. Um Beschäftigung im ländlichen Raum zu fördern, wollen wir in Menschen investieren und diese qualifizieren. Die Investitionen in Beratung sowie Aus- und Weiterbildung sind für uns essenziell. Auch treten wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben (Work-Life-Balance) ein. Das Angebot an qualitativ hochwertiger ganztägiger Kinderbetreuung muss ausgebaut werden, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Gute Arbeitsbedingungen sind eine Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen gezielt für ein Leben im ländlichen Raum entscheiden. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir weiter verbessern.

Kriterien wie Herkunft, Tradition und regionale Identität können zur **regionalen Wertschöpfung** beitragen. Wir wollen Menschen für regionale Lebensmittel und Produkte sensibilisieren. Wir wollen die Vermarktung regionaler Produkte ausbauen. Neue Potenziale für die regionale Wertschöpfung können beispielsweise im Bereich Veredelung in Kombination mit regionalen Produkten und Marken liegen. Wir wollen eine klare **Herkunftskennzeichnung regionaler Produkte**.

Urlaub auf dem Land bedeutet mit seinen vielseitigen Angeboten eine nachhaltige, umweltfreundliche und auch für Familien erschwingliche Art zu reisen mit hohem Erholungswert. Die ländlichen Räume sind ein beliebtes Reiseziel: Sie haben einen Marktanteil von 33 Prozent am innerdeutschen Tourismus. Der **Landtourismus** mit jährlich mehr als 700 Millionen Euro Umsatz hat ein großes Potenzial, das wir nutzen und ausbauen wollen.

Für ländliche Regionen ist auch der Kulturtourismus von großer Bedeutung. Dieses Potential wurde bisher noch nicht voll ausgeschöpft. Die Verbindung von baulichem Erbe wie Burgen, Schlössern, Kirchen und Klöstern mit kulturellen Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten wie Kultur- und Musikfestivals, Volksfesten, Wallfahrten und Pilgerwegen sowie mit dem Erleben von Landschaft als Kulturlandschaft, insbe-

sondere von Naturparks und Biosphärenreservaten sowie auch von Nationalparks, kommt vor allem ländlich geprägten Regionen entgegen.

Energiewende vor Ort zum Erfolg führen

Die **Energiewende findet in den ländlichen Räumen** statt. Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen nutzen die natürlichen Ressourcen auf dem Land. Dadurch wird ein Großteil der rund 25 Milliarden Euro an Ausschüttungen aus dem EEG-Konto für Einspeisevergütungen in die ländlichen Räume umverteilt. Kommunen können selbst Erneuerbare-Energien-Anlagen betreiben und dadurch Leistungen zur Verfügung stellen, von denen alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren können. Kommunen können durch die **Rekommunalisierung der Energienetze** die Ansiedlung und Netzanbindung erneuerbarer Energien besser steuern und ggf. zusätzliche Einnahmen erzielen. Auch Mieterinnen und Mieter sollen von günstiger Stromerzeugung profitieren.

Die Bedenken der Bevölkerung beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze nehmen wir ernst. Deswegen wollen wir mehr Möglichkeiten für die Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen schaffen.

Die Branche der erneuerbaren Energien hat in den vergangenen Jahren Tausende Arbeitsplätze in ganz Deutschland geschaffen. Zusätzlich sichert die Branche in der Wertschöpfungskette ein Vielfaches an Arbeitsplätzen in ganz Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seinen hohen technischen Standard bei der technologischen Entwicklung der erneuerbaren Energien behält.

Natur- und Kulturlandschaften lebenswert erhalten

Ein reiches Natur- und Kulturerbe sowie eine große Vielfalt kennzeichnen die Kulturlandschaften in Deutschland. Sie tragen wesentlich zur Attraktivität der ländlichen Regionen als Standorte für Wohnen und Wirtschaften bei und bilden die Grundlage für den Landtourismus. Der BMEL-Jahresumfrage 2014 zufolge, messen über 70 Prozent der Bevölkerung dem Erhalt einer intakten Natur einen hohen Stellenwert bei. Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturparks sollen daher weiter ausgebaut und die Artenvielfalt gefördert werden. Größte Landnutzer im ländlichen Raum sind Land- und Forstwirtschaft. Umweltfreundlich betrieben, erhalten und pflegen sie unsere Kulturlandschaften. Eine nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung bildet die Grundlage für lebendige ländliche Räume und sollte ausgeweitet werden.

Die SPD unterstützt das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft, die dem Ziel einer **ressourcenschonenden Produktionsweise** verpflichtet ist. Landwirtschaft ist zuerst Nahrungsmittelproduktion. Gleichzeitig erbringen Landwirtinnen und Landwirte bei einer ökologisch ausgerichteten Bewirtschaftung vielfältige Leistungen für den Klimaschutz, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sowie

für den Umwelt- und Tierschutz. Diese gesellschaftlichen Leistungen wollen wir zukünftig besser entlohnen. Wir setzen uns dafür ein, dass fünf Prozent der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden.

Wir nehmen die Befürchtungen der Verbraucherinnen und Verbraucher ernst und setzen uns dafür ein, dass in Deutschland keine gentechnisch veränderten Organismen in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden.

Wir unterstützen die Landwirtschaft darin, ihre Einkommensgrundlage auszubauen, indem die Nahrungsmittelproduktion stärker an den **Wünschen qualitäts- und gesundheitsbewusster Verbraucherinnen und Verbraucher ausgerichtet** wird. Qualität schließt in diesem Zusammenhang auch die sozialen Produktionsbedingungen mit ein. Wir werden den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit sowie menschenunwürdige Wohnbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in der Land- und Ernährungswirtschaft bekämpfen und einen Beitrag leisten, dort den gesetzlichen Arbeitsschutz sicherzustellen.

Flächenverbrauch verringern

Der vorsorgende und schonende Umgang mit Grund und Boden ist städtebaulicher Grundsatz und umweltpolitisches Kernanliegen gleichermaßen. Wir wollen den **Flächenverbrauch verringern**. Grundlage ist ein gutes Flächennutzungsmanagement. Dieses muss sich an den Prinzipien „**Innenentwicklung vor Außenentwicklung**“ und „**Ausbau bestehender Bausubstanz vor Neubau**“ sowie an dem Grundsatz der Flächenschonung ausrichten. Die zukünftige Stadt- und Ortsentwicklung sollte sich vorrangig an der Wiedernutzung innerörtlicher Flächen und Brachen orientieren. Für den Außenbereich muss der Grundsatz gelten, bestehende Gebäudesubstanz stärker zu nutzen. Zusätzliche Baulandausweisungen sind sorgfältig auf ihren Bedarf zu prüfen.

III. Gute Innovationen – gute Infrastruktur vor Ort

Zur Sicherung der Grundversorgung gehören eine verlässliche Infrastruktur sowie leistungsfähige und innovative Mobilitätskonzepte und eine flächendeckende Versorgung der Haushalte mit Breitbandanschlüssen. Wir wollen die Breitbandversorgung für die Menschen im ländlichen Raum zügig ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Breitbandversorgung wie die Versorgungssicherheit bei Strom und Gas Teil der Daseinsvorsorge wird.

Innovative Mobilitätskonzepte umsetzen

Mobilität im ländlichen Raum unterscheidet sich grundlegend von der Mobilität in urbanen Gebieten. Beförderungszahlen spielen für die Rentabilität von Bus und

Bahn natürlich eine wichtige Rolle; weniger dicht besiedelte Regionen dürfen dadurch aber nicht automatisch von Bus- und Bahnanbindungen abgekoppelt werden. Eine gute Anbindung an das Verkehrswegenetz und an den öffentlichen Personennahverkehr sind unerlässliche Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Werden Mobilitätsangebote eingeschränkt, sinkt die Attraktivität des ländlichen Raums und in der Folge verschlechtern sich die ökonomischen Perspektiven. So muss z. B. das „Bahnhofssterben“ in dünn besiedelten Regionen ein Ende haben. Ergänzend sollen **neue und flexible Mobilitätskonzepte** zum Einsatz kommen. Dies können Anrufsammeltaxen (AST), Rufbusse und Dorfautosysteme sein, die über Car-Sharing-Unternehmen bzw. ehrenamtlich organisiert werden. Ebenfalls besitzen Wasserstoff für Brennstoffzellen und E-Mobilität eine besonders große Zukunftsperspektive. Bürgerbusvereine können das ausgedünnte Netz des öffentlichen Personennahverkehrs ausgleichen und müssen stärker gefördert werden. Hierfür müssen die vereins- und genossenschaftsrechtlichen Regelungen angepasst werden.

Der Individualverkehr hat in den ländlichen Räumen eine andere Bedeutung als in den urbanen Zentren und den verdichteten Räumen. Gute und sichere Straßenverbindungen sind wichtig, um regionale Zentren erreichen zu können. Ordnungsrechtliche Regelungen, wie z. B. das Verbot der integrierten Beförderung von Personen und Gütern durch öffentliche Verkehrsmittel im Linienverkehr, sind zu überprüfen. Darüber hinaus ist zu klären, inwieweit Taxidienste im ländlichen Raum auch als Bürgertaxi organisiert werden können.

Das Personenbeförderungsgesetz muss dahingehend angepasst werden, dass zukünftig sowohl Personen als auch Waren transportiert werden können. Das Modellprojekt „KombiBus“ hat sich regional bewährt und kann nun flächendeckend eingesetzt werden.

Wir wollen, dass für Gäste und Gastgeber in ländlichen Urlaubsorten eine individuelle und **verlässliche Mobilität** ohne Hürden garantiert ist. Hoteliers und andere Gastgeber sollen Gäste transportieren dürfen, ohne dass sie dafür eine Taxi-Lizenz erwerben müssen.

Breitbandausbau im ländlichen Raum vorantreiben

Unser Ziel ist es, die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land zu überwinden. Der Anschluss an eine leistungsfähige Breitbandversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor. Grundvoraussetzung dafür, dass die Chancen der Digitalisierung für die ländlichen Räume nutzbar gemacht werden, ist das **flächendeckende Angebot von schnellem und leistungsfähigem Internet** in ganz Deutschland.

Wir streben auch im ländlichen Raum bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit einer Kapazität von mindestens 50 Megabit pro Sekunde an. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen intensivieren. Es

kommt jetzt darauf an, dass wir die notwendigen Finanzmittel für die Förderung des Breitbandausbaus in den unterversorgten ländlichen Räumen zur Verfügung stellen, wo der Ausbau bisher nicht wirtschaftlich ist. Neben einem Milliardenbetrag aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung sollen hierfür insbesondere auch die Erlöse aus dem Digitalen Dividenden II (u. a. Erlöse aus der Versteigerung der 700-MHz-Frequenzen) zur Verfügung gestellt werden. Um Kosten zu senken, sind verbesserte Fördermöglichkeiten sowie die Nutzung von zusätzlichen Frequenzen und Synergieeffekten wichtige Maßnahmen. Bestehende Netze wie Gas und Abwasser sollten, soweit möglich, wegen der kostenintensiven Tiefbauarbeiten für den Glasfaserausbau genutzt werden. Die Kostenreduzierungsrichtlinie der EU für den Netzausbau wollen wir zügig in nationales Recht umsetzen.

Chancen der Digitalisierung für die Herausforderungen in ländlichen Räumen nutzen

Die Digitalisierung bietet besondere Lösungsansätze und Chancen für die ländlichen Räume. Gerade die Fähigkeit der Menschen in den ländlichen Räumen, eigene, neue oder eigentlich ganz alte zivilgesellschaftliche Konzepte für die Lösung struktureller Probleme zu entwickeln, kann durch die Digitalisierung besonders unterstützt werden. Beispiele sind nachbarschaftliche Carsharing-Konzepte oder die Organisation ehrenamtlicher Hilfe auf Gegenseitigkeit.

Digitalisierte Verfahren und Serviceangebote der öffentlichen Verwaltung stellen für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Räumen, aber auch für Berufstätige eine große Erleichterung dar. Helfen können auch digitale Konzepte und Angebote der außerschulischen Bildung oder der Weiterbildung. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine flexiblere Gestaltung von Arbeitszeit und -ort eine wichtige Unterstützung. Auch im Bereich von Gesundheit und Pflege bergen moderne Ansätze wie Ferndiagnostik und Monitoring große Potenziale, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten.

Der Schlüssel zur **wirtschaftlichen Stärke in Deutschland liegt in der Dezentralität** und bei den Wirtschaftsmächten von nebenan, beim Handwerk, bei der Gastronomie sowie bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Um an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben und auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein, müssen die Unternehmen die Chancen der Kundenorientierung, der Vernetzung und der Digitalisierung wahrnehmen.

IV. Einen umfassenden Politikansatz verfolgen – integrierte Strukturpolitik für ländliche Räume umsetzen

Wir wollen sicherstellen, dass ländliche Räume an der allgemeinen und an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und sie mitprägen können. Wir setzen den Fokus

der Förderung auf sämtliche Wirtschaftssektoren, die den ländlichen Raum prägen. Deshalb unterstützen wir einen **umfassenden Politikansatz zur Entwicklung ländlicher Räume**. Erforderlich ist eine engere Verzahnung sowohl mit der Kohäsionspolitik als auch mit der EU-2020-Strategie, um die Effektivität der eingesetzten Mittel zu optimieren.

In der laufenden EU-Förderperiode (2014–2020) wurde mit den Partnerschaftsverträgen bereits eine Grundlage gelegt, um die Politik der ländlichen Entwicklung und die EU-Strukturpolitiken fondsübergreifend besser zu koordinieren. Bisher trägt der „Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) nur unzureichend zu den Zielen der EU-2020-Strategie bei, da vier der sechs thematischen Prioritäten des ELER stark auf die Landwirtschaft ausgerichtet sind. Förderprogramme, die einseitig auf den Agrarsektor zugeschnitten sind, werden den zukünftigen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Daher wollen wir in der neuen EU-Förderperiode ab dem Jahr 2020 im Rahmen des ELER gezielt Akteure und Unternehmen aus allen Branchen in den strukturschwachen ländlichen Räumen fördern. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die europäischen Mittel, die bisher in Form unspezifischer Zahlungen direkt an die deutschen Landwirte ausgereicht werden, zugunsten der Länderprogramme zur Entwicklung der ländlichen Räume umgeschichtet werden.

Um die von der Europäischen Union insgesamt bereitgestellten Mittel vollständig auszuschöpfen, werden wir die Förderkulisse in Deutschland deutlich erweitern. Im Zusammenhang mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Neustrukturierung der Förderstruktur in Deutschland, soll eine **neue „Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung“** (GLE) als gemeinsames Finanzierungsinstrument von Bund und Ländern einen wichtigen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland leisten. Das Förderspektrum dieser Gemeinschaftsaufgabe soll sich an denen des ELER orientieren. Dadurch lässt sich eine Passgenauigkeit zu weiteren EU-Förderfonds herstellen.

Entwicklung ländlicher Räume in den Fokus nehmen

Die Politik für den ländlichen Raum ist Querschnittspolitik. Für eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung“ mit erweitertem Maßnahmenangebot ist auch eine breit angelegte Finanzierung nötig. Der Bund muss seiner Verantwortung gerecht werden, auch um die im Grundgesetz angestrebten **gleichwertigen Lebensverhältnisse** zu garantieren. Gemeinsam mit den Ländern müssen daher die schon bestehenden Programme evaluiert und an die neuen Schwerpunkte angepasst werden. Bestehende Synergieeffekte sind zu nutzen, um eine noch genauere Koordination der unterschiedlichen Ansätze zu realisieren.

Das „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ verstetigen

Durch das „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ (BULE) werden in den kommenden zwei Jahren Modell- und Demonstrationsvorhaben im ländlichen Raum gefördert. Das BULE soll zukünftig auch Forschungsprogramme unterstützen. Diese werden die Förderprogramme für den ländlichen Raum begleiten und neue Ansätze auf ihre Praxistauglichkeit untersuchen. Wir setzen uns dafür ein, das BULE in den folgenden Jahren weiter zu stärken, um neue Impulse für die Förderung der ländlichen Räume zu schaffen. Das BULE wollen wir eng mit einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung“ und weiteren Förderinstrumenten verzahnen, um einen einheitlichen Förderansatz zu gewährleisten.

LEADER-Ansatz stärken und ausbauen

Die lokalen Akteure wissen am besten, welche Maßnahmen in ihrer Region den größten Beitrag zur Entwicklung versprechen. LEADER bildet den strategischen Ansatz, Prozesse und Vorhaben zur ländlichen Entwicklung mit den regionalen Akteuren erfolgreich zu gestalten und umzusetzen. Deshalb wollen wir den LEADER-Ansatz stärken, professionelles Regionalmanagement unterstützen und Regionalbudgets ausbauen.

Regionalbudgets ausbauen

Die Bürgerinnen und Bürger wissen am besten, was sie vor Ort benötigen. Der Erfolg regionaler Entwicklungskonzepte beruht maßgeblich darauf, inwieweit sich Menschen vor Ort engagieren. Regionalbudgets sind ein sehr wichtiges Instrument, um Ideen und Erfahrungen für die Entwicklung der ländlichen Räume nutzbar machen zu können. In enger Abstimmung mit den politisch Verantwortlichen auf kommunaler Ebene wollen wir die Ideen und Anregungen der Menschen vor Ort bündeln und konkrete Planungen ableiten. Die rechtlichen Voraussetzungen für Regionalbudgets wollen wir in enger Abstimmung mit den Bundesländern weiter ausbauen.

Erfolgskontrolle einführen

Für sämtliche Fördermaßnahmen ist eine effizientere Erfolgskontrolle nötig. Bestehende Ausführungsbestimmungen müssen auf ihre Praxistauglichkeit und ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden. Dabei muss das angestrebte Ziel als Bewertungskriterium im Mittelpunkt stehen. Besitzstandswahrung und das beharrliche Festhalten an überkommenen Strukturen durch einzelne Akteure hilft den Menschen, die im ländlichen Raum leben und arbeiten, nicht weiter. Dies gilt ebenso für die koordinierenden Verwaltungs- und Aufsichtssysteme in der ländlichen Entwicklung.

Gleichzeitig benötigen wir mehr Flexibilität und Kreativität, um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Mit dem Aufbau eines effizienten Regionalmanagements

und auf der Grundlage vereinbarter Ziele lassen wir die Menschen vor Ort über den Einsatz der finanziellen Mittel selbst entscheiden. Die Verstetigung erfolgreicher Projekte unterstützen wir. Dafür werden wir durch bessere Förderkoordination Synergieeffekte aus den europäischen Förderprogrammen sichern.